

NDB-Artikel

Arnim-Suckow, *Alexander Heinrich Freiherr von* | preußischer Staatsmann, * 13.2.1798 Berlin, † 5.1.1861 Düsseldorf. (evangelisch)

Genealogie

V Georg Leopold Vivigenz von A. (1747–1828);

M Charlotte Gräfin Solms-Sonnenwalde (1759–1811);

Gvv Georg Friedrich von A. (1717–72);

Gmv Louise Florentine von Wackenitz (1721–83);

B des *Ur-Gvv* →Georg Dietloff von Arnim (s. 6);

• Linschoten 15.5.1826 Elisabeth (1800–46), T des holländischen Gesandten Strick von Linschoten;

2 S, 1 T; N →Harry Curt Eduard Carl von Arnim-Suckow (s. 9).

Leben

A. besuchte das Pädagogium in Halle, nahm an den Freiheitskriegen teil und studierte 1818/19 in Heidelberg Rechts- und Staatswissenschaften. Seit 1820 war er in der diplomatischen Laufbahn tätig. Als Geschäftsträger in Neapel trat er dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm näher; er wurde ein Mitglied des christlich-romantischen Kreises um den Thronfolger und ein warmer Befürworter Hallerscher Anschauungen, doch hat sich seine Auffassung später in liberalem Sinne gewandelt. | Seit 1829 Geschäftsträger in Darmstadt und in gleicher Eigenschaft am badischen und nassauischen Hof beglaubigt, hat er sich um die Entwicklung des deutschen Zollvereins verdient gemacht. 1834 wurde er als Legations- und Vortragender Rat in die politische Abteilung des Ministeriums des Äußeren berufen und 1840 als Gesandter nach Brüssel versetzt. Der Abschluß des für Preußen-Deutschland politisch wichtigen, aber wirtschaftlich ungünstigen Handelsvertrags mit Belgien und die Herstellung einer Eisenbahnverbindung zwischen der Rheinprovinz und Belgien waren hauptsächlich sein Werk und die praktischen Ergebnisse seiner „Spezialität“, nämlich eifrigen nationalökonomischen Studiums, das ihm die Gedankengänge des radikalen Schutzzöllners Ludwig von Roenne, des Präsidenten des preußischen Handelsamtes, nahegebracht hatte. Auch mit →Friedrich List verkehrte er. 1844 erschien A.s geistreiche Schrift „Ein handelspolitisches Testament“, in der unter Ablehnung des Kolonialgedankens nationaler deutscher Handelspolitik, gestützt durch ein System von Differentialzollen, das Wort geredet wurde. Darüber hinaus hoffte er, der freie Durchfuhrhandel

durch Belgien werde Antwerpen wieder zum „Emporium des deutschen Westens“ machen, den Rheinhandel der Holländer beeinträchtigen und schließlich die freihändlerischen Hansestädte in den Zollverein zwingen, Pläne, in denen zuviel Wirtschaftsromantik steckte. 1846 übernahm A. den Gesandtenposten in Paris, wo er sich als scharfer Beobachter der einer Revolution zureifenden Verhältnisse erwies und gleichzeitig der immer mehr in Fluß kommenden deutschen Frage seine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Die Märzereignisse des Jahres 1848 sahen A. in Berlin an der Seite Friedrich Wilhelms IV. Unermüdlich suchte er darauf hinzuwirken, daß Preußen freiheitliche Forderungen der Zeit in die Tat umsetze und andererseits, unter gleichzeitiger Inangriffnahme starker militärischer Rüstung, sich an die Spitze der deutschen Einheitsbewegung stelle. Als Ratgeber seines Königs während der kritischsten Märztage, vor allem als Urheber des sog. „Deutschen Umritts“, hatte er keine glückliche Hand, auch als Außenminister von März bis Juni 1848 vermochte er sich nicht durchzusetzen. Neutralität Preußens im Kampf Österreichs gegen Italien, Wiederherstellung des Königreichs Polen, Bündnis Preußen-Deutschlands mit Frankreich und England und Krieg mit Rußland waren seine außenpolitischen Leitgedanken. 1849 wurde er in die preußische Kammer gewählt; in Wort und Schrift bekämpfte er in den letzten Jahren seiner politischen Wirksamkeit Reaktion und einzelstaatlichen Egoismus. A. hat zeitlebens mit der Unterstützung preußischen Vormachtstrebens eine entschieden deutsch-patriotische Gesinnung verbunden. In seinen letzten Lebensjahren stand er dem Nationalverein nahe.

Literatur

ADB I;

H. v. Treitschke, Dt. Gesch. im 19. Jh. IV u. V, Neudr. 1927;

H. Oncken, R. v. Bennigsen I, 1910;

W. Hallgarten, Stud. üb. d. dt. Polenfreundschaft in d. Periode d. Märzrevolution, 1928;

V. Valentin, Gesch. d. dt. Revolution 1848-49, 2 Bde., 1930/31;

F. List, Schr., Reden, Briefe, Bd. 7, hrsg. v. F. Lenz u. E. Wiskemann, 1931, S. 592-95;

H. v. Srbik, Dt. Einheit I, 1935, S. 331 f.

Autor

Heinz Gollwitzer

Empfohlene Zitierweise

, „Arnim-Suckow, Alexander Freiherr von“, in: Neue Deutsche Biographie
1 (1953), S. 368-369 [Onlinefassung]; URL: [http://www.deutsche-
biographie.de/.html](http://www.deutsche-biographie.de/.html)

ADB-Artikel

v. Arnim: *Heinrich Alexander*, Freiherr v. A., aus dem in der Ucketark begüterten Hause v. A.-Suckow, preußischer Staatsmann von einflußreicher Wirksamkeit in einem der bewegtesten Momente der neueren preußisch-deutschen Geschichte, geb. 13. Febr. 1798 zu Berlin, † zu Düsseldorf 5. Jan. 1861. Nach dem Besuche des Pädagogiums zu Halle widmete er sich zunächst der Wehrdienst des Vaterlandes. 1814 in die Landwehrreiterei seiner Heimath eingetreten, machte er die Freiheitskriege mit. 1818 und 1819 lag er in Heidelberg dem Studium der Rechte und der Staatswissenschaften ob, worauf sich ihm schon 1820 die diplomatische Laufbahn eröffnete, zuerst als Attaché der preußischen Gesandtschaft in der Schweiz, dann als Legationssecretär in München, Kopenhagen und Neapel. An letzterem Orte wurde er nach Graf Flemming's Tode Geschäftsträger und kam als solcher mit dem auf einer längeren Reise in Italien ergriffenen Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen vielfach in Verkehr. Auf Grund dieser Bekanntschaft zog letzterer als König ihn später in seine Nähe. Das Jahr 1829 sah A. als Geschäftsträger in Darmstadt. In dieser Eigenschaft zugleich an dem badischen und dem nassauischen Hofe beglaubigt, entwickelte er eine ersprießliche Thätigkeit bei Erstrebung der ersten Etappe des Weges zur einheitlichen Gestaltung Deutschlands, in der Entwicklung des Zollbeines. Seit 1834 war ihm als Legations- und vortragendem Rathe in der politischen Abtheilung des Ministeriums des Aeußeren zu Berlin unter Ancillon und später unter v. Werther reiche Gelegenheit zum Studium der wichtigeren deutschen Fragen gegeben, doch ließen ihm die Zeitverhältnisse nicht Raum zur Geltendmachung seiner ebenso patriotischen als vom Geiste ruhigen, gemäßigten Fortschritts durchdrungenen bezüglichen Anschauungen, so daß er sich wie früher dem Studium nationalökonomischer, so jetzt dem der schwebenden kirchlichen Fragen zuwandte. Unter den mancherlei Schwierigkeiten, welche die Zeit einer befriedigenden Entwicklung der deutschen Angelegenheiten entgegensetzte, bildete sein politischer Charakter sich aus. In der Form aufrichtiger und treuer Ergebenheit an König und Königthum trat seine Ueberzeugung von der unbedingten Nothwendigkeit einer starken Staatsgewalt zu Tage, während gleichzeitig seine mehr liberale Richtung aus tiefer Erkenntniß der Nothwendigkeit entsprang, die verschiedenen Bedürfnisse und Forderungen der Zeit zu erkennen und sie nicht vornehm zurückzuweisen. Im J. 1840 als Gesandter nach Brüssel versetzt, ließ sich A. die Förderung der deutschen Interessen in Belgien angelegen sein und erwarb sich 1844 große Verdienste für das Zustandekommen der Handelsverträge mit Belgien und Frankreich, sowie der Eisenbahnverbindung zwischen der Rheinprovinz und Belgien. Um dieselbe Zeit bekannte er sich, im Gegensatz zu den damals vorherrschenden schutzzöllnerischen Grundsätzen, in einer Schrift: „Mein handelspolitisches Testament“ (Berlin 1844) zu dem Freihandelssystem. Seine 1846 übernommene Stellung als Gesandter in Paris wurde die Vorbereitung seines geschichtlich bedeutenden Auftretens. Ein genauer Beobachter der Verhältnisse Frankreichs, ertheilte er, die Februar-Revolution vorausverkündigend, von Paris aus Rathschläge in Berlin, welche sich durch große Gesichtspunkte, weit ausschauenden Blick und richtige

Voraussicht auszeichneten. Sein Hauptaugenmerk war auf die nach jener Revolution in Fluß kommende deutsche Frage gerichtet. Am 12. März 1848 in Berlin eingetroffen, suchte er mit vielem Eifer eine offene Selbstbekennung Preußens als Führer Deutschlands und dem entsprechende Maßregeln durchzusetzen. Bis dahin war während des Bestehens des deutschen Bundes noch niemals eine solche Erklärung von Berlin aus ergangen, alle bisherigen Schritte Preußens in dieser Richtung hatten bloß thatsächlich und mit nicht immer deutlich erkennbarer Absichtlichkeit jenem Ziele gedient, welches nach der geschichtlichen Entwicklung Preußen durch die Umstände gesteckt zu sein schien. Die Zeit für die Bethätigung seiner deutsch-patriotischen Gesinnung war gekommen, es schien ihm trotz aller durch das Verhältniß zu Oesterreich, die Eifersucht fremder Mächte und die große Bewegung der Parteien gegebenen Schwierigkeiten die Zeit erfüllt, zu den ersten Schritten zur offenen Ergreifung der politischen Führung Deutschlands durch Preußen anzuregen. Wenn jene Schwierigkeiten, die er nicht verkannte, in den nächsten Jahren die Oberhand gewannen und auf lange hin einen bedeutenden Rückschlag für Deutschland hervorriefen, so ist A. in gewissem Sinne doch ein Bahnbrecher für Preußens deutsche Initiative, für welche er die Bewegungszeit geschickt benutzte. In einer „Denkschrift über die französische Februar-Revolution und ihre Folgen für Deutschland“ rieth A. am 17. März 1848 einerseits zu sofortiger Berufung des zum deutschen Parlamente zu erweiternden vereinigten Landtags, andererseits zu einer Kriegsrüstung auf großem Fuße, verbunden mit einer deutschen Neutralitäts-Erklärung. Der König hatte infolge der entschieden laut gewordenen Wünsche des Volkes den Landtag zwar schon am 14. März auf den 27. April einberufen, auch am 15. März in einer Bekanntmachung eine Berücksichtigung der Volkswünsche in der deutschen Sache durch einen Fürstencongreß verheißen: allein, wie dies einerseits der Bevölkerung nicht genügte, glaubte auch A., daß eine schärfere Accentuirung des Berufes am Platze sei, welchem Preußen sich jetzt unterziehen wolle. Auf seinen Rath versprach daher der König am 18. März einer großen Deputation aus Köln, die Führung jenes Congresses übernehmen und eine Berufung von Abgeordneten des deutschen Volkes bewirken zu wollen. Die wenige Stunden hiernach erscheinende Proclamation des Königs stellte eine Regeneration Deutschlands durch Umwandlung des Staatenbundes in einen Bundesstaat, sowie Volksvertretung beim Bunde in Aussicht. Die infolge der leidenschaftlichen Erregung der Bevölkerung Berlins und der beim Könige herrschenden Unklarheit über die Lage eingetretenen blutigen Ereignisse desselben Tages setzten thatsächlich den Werth dieser Erklärungen herab und ließen die Ehrlichkeit der Absichten der preußischen Regierung nicht genug hervortreten. A. war in der verhängnißvollen Nacht vom 18. zum 19. März an der Seite des Königs, versuchte an einzelnen Stellen der Hauptstadt vergeblich durch Vorzeigung des königl. Patents vom 18. März die Revolution zu beschwichtigen und drang, als er das Wort und die Absichten des Königs in Zweifel gezogen sah, während die Minister schwankten, auf eine entschiedene Herstellung der königlichen Autorität. Es konnte ihm nicht entgehen, daß die Dinge, wie sie in den Tagen der Bewegung sich entwickelt hatten, in mehrfacher Beziehung jene Zweifel zu bestätigen schienen. War doch jener Congreß der deutschen Fürsten, zu welchem Oesterreich und Preußen durch die Note vom 7. März nach Dresden eingeladen hatten, noch von Metternich veranlaßt; auch war in derselben hauptsächlich auf die

Gefahren aufmerksam gemacht, welche aus der in Frankreich ausgebrochenen Revolution für Deutschland etwa entstehen könnten; nur nebenbei war als Berathungsgegenstand auch angegeben: „die Befriedigung gerechter Wünsche der Nation, insofern dieselben mit Erhaltung der Rechte der Kronen und des wahren Volkswohles vereinbarlich ist“. Eine neue Circularnote Oesterreichs vom 8. März hatte zugleich allerdings die Entwicklung der Bundesinstitutionen und die auf die nationalen Bedürfnisse bezüglichen Vereinbarungen als Zweck des Congresses hingestellt. Nachdem aber am 13. März das Metternich'sche System in Oesterreich gefallen, war die preußische Regierung immer noch bei dem Plane geblieben, durch jenen Congreß dem Weiteren vorbeugen zu können. Und nach Erlaß des Patents vom 14. März, das die Mißdeutungen zu entfernen suchte, welchen die Idee des Fürsten- und Ministercongresses ausgesetzt war, schien die preußische Regierung, in welcher immer noch das System Bodenschwingh die Entscheidungsgab, noch geneigt, Vertretern des Volkes eine Mitwirkung bei der Vereinbarung über die deutschen Reformen zugestehen zu wollen, sie war nicht weiter gegangen, als daß sie am 16. März die deutschen Regierungen aufforderte, auf dem Congresse rückhaltslos alle Fragen vorzubringen; keine derselben sollte ausgeschlossen sein, „namentlich nicht die wichtige Frage wegen Vertretung der Nation am Bundestage durch ein sogenanntes Parlament“. Diese Behandlungsart der deutschen Reformfrage wich zu sehr von der in der Bewegungszeit herrschend gewordenen Auffassung über die Art der Initiative ab, als daß sie nicht Mißtrauen hätte hervorrufen sollen. Dasselbe fand Nahrung durch das zum Theil wol aus Rivalität hervorgerufene Verhalten der bairischen Regierung. Dieselbe hatte schon durch eine am 12. März an die deutschen Regierungen gerichtete Note auf die Verwerflichkeit eines Fürstencongresses hingewiesen. „In dem Momente verjüngten Nationalgefühls sollte etwas noch Schlimmeres als der heimliche Bundestag, es sollte ein Diplomatencongreß, Seitenstück der Congresse von Aachen, Karlsbad, Verona und Wien auftreten?“ Gebe es ein Mittel, die furchtbar aufgeregte Nationalstimmung bis auf die Höhe der Explosion zu steigern und den Fürsten allen Einfluß zu entziehen, so sei dies Mittel in jenem Congresse zu finden. Seine Hauptnahrung aber erhielt das also gesteigerte Mißtrauen durch das den Verheißungen des Königs von Preußen unmittelbar folgende Blutvergießen zu Berlin. In diesem kritischen Momente, wo Preußens deutscher Beruf auf dem Spiele stand, bewirkte A., daß derselbe offen auf Preußens Fahne gesetzt wurde. Dies und die Befestigung des königl. Ansehens glaubte er erreicht, wenn der König persönlich seine Versicherungen der Bevölkerung wiederholte und in handgreiflichster Weise für die deutsche Sache Partei nahm. A. war Urheber der am 20. März vom König unternommenen, unter dem Namen des „Deutschen Umritts“ bekannten Kundgebung, welche darin bestand, daß dieser, mit den deutschen Farben angethan, umgeben von den Prinzen und einigen der neuen Minister, bei einem feierlichen Umzuge durch die Hauptstadt erklärte, sich an die Spitze der deutschen Bewegung stellen zu wollen. Wenn auch dieser Schritt in der erregten öffentlichen Meinung mehr befremdete als beruhigte, so war damit doch den selbst in diesen Tagen der eigenen Sorgen eifersüchtigen Regierungen der süddeutschen Staaten und Oesterreichs gegenüber die Spitze geboten.

A. trat am 21. März als Minister des Aeußern in das am 19. März gebildete neue Ministerium unter dem Vorsitze des Grafen von Arnim-Boytzenburg. Als solcher

die deutsche Politik Preußens leitend, stieß er schon wegen der Unbeliebtheit einiger seiner Collegen auf Schwierigkeiten. Es konnten sich die Maßregeln eines Ministeriums des Beifalls und der Unterstützung im Volke nicht erfreuen, in welches die bisherigen Führer der Opposition im Landtage einzutreten sich geweigert hatten. Dieser Umstand änderte sich zwar am 29. März mit dem Eintritte Camphausen's als Präsidenten und Hansemann's als Finanzminister. allein Arnim's Thätigkeit wurde stark gelähmt durch die vor der Zeit seines Einflusses geschehenen Mißgriffe. Es blieb ihm in der deutschen Frage zunächst nichts übrig, als den von süddeutschen Regierungen in Verbindung mit Führern der liberalen Partei vorgeschlagenen Weg einer Zuziehung von Männern des öffentlichen Vertrauens zum Bundestage behufs Ausarbeitung des einem Parlamente vorzulegenden Reichsverfassungsentwurfs zu adoptiren und, in Befolgung einer Aufforderung des Fünziger-Ausschusses des Vorparlaments, die Anordnung der Wahlen von Delegirten des vereinigten Landtags zur deutschen Nationalversammlung aufzugeben. In Sachen Schleswig-Holsteins erstrebte A., nachdem Preußen am 12. April 1848 vom Fünziger-Ausschusse zur Aufbietung von Reichskräften zum Schutze der Herzogthümer aufgefordert war, ein entschiedenes Vorgehen, doch wurden seine Absichten durch die inzwischen bereits wieder mächtig gewordene Reactionspartei gehemmt, welche in diesem Feldzuge nur ein Mittel zur Herstellung ihrer Macht nach der siegreichen Rückkehr der Truppen in die Hauptstadt erblickte. Infolge dieser Umstände und der Mißerfolge, welche das gegen das alte System sehr rücksichtsvolle, mit Rücksicht auf die Zeitbewegung nicht energisch genug verfahrenende Ministerium Camphausen bezüglich der Reform der inneren Verwaltung hatte, bat A. schon am 17. Juni 1848 in Gemeinschaft mit den Ministern des Cultus und des Kriegs, dem Grafen Schwerin und dem General v. Reyher, um Entlassung aus dem Cabinet, die er am 20. Juni erhielt. Schon seit Ende Mai hatte er seinen Rücktritt mehrmals gewünscht, aber nicht erlangen können. Nicht ohne Einfluß auf diesen Entschluß soll die Gefahr vor persönlicher Mißhandlung gewesen sein, in welche er am 9. Juni durch eine erregte Volksmenge beim Verlassen der Sitzung der Nationalversammlung gerieth. nachdem er in dieser einen revolutionären Antrag bekämpft hatte. Mit Unrecht ist in einer im November 1848 erschienenen Schrift: „Signatura temporis“ von conservativer Seite behauptet worden, den von A. in der deutschen Frage ertheilten Rathschlägen, welche seinen Namen in der deutschen Geschichte verewigen, habe der Gedanke zu Grunde gelegen, der deutschen Erhebung ein Feld zu eröffnen, auf welchem sie sich nutzlos erschöpfen könne, um dann, wenn Zeit gewonnen sein werde, den Einzug der Reaction zu erleichtern.

In das Privatleben zurückgetreten, betheiligte sich A. nur noch wenig an den Staatsangelegenheiten. Abwechselnd in Bonn, Frankfurt a. M. und Neuwied lebend, gab er zwei Flugschriften heraus unter dem Titel: „Frankfurt und Berlin“ (Franks. 1848) und „Ueber die Mediatisationsfrage“ (Franks. 1849). In letzterer Schrift bekämpfte er das bairische Project einer Trias. Der Schweidnitzer Wahlkreis wählte A. im Frühjahr 1849 in die preußische Kammer, wo er sich der deutsch-oppositionellen Partei anschloß. Er machte sich hier besonders bemerklich durch seine Reden gegen die Vergewaltigung des mecklenburgischen Verfassungsrechts und über die definitiven Vorschläge, welche die königl. Botschaft vom 7. Jan. 1850 behufs der Gestaltung

erster Kammer verkündigte. In seiner Schrift: „Zur Politik der Epigonen in Preußen“ (Berlin 1850) und in der Landesvertretung zeigte sich A. als entschiedenen Gegner der Politik Manteuffel's, suchte im Anfange des Jahres 1851 nochmals für die Sache Schleswig Holsteins zu wirken und erregte durch seine Schrift: „Zur Politik der Contrerevolution in Preußen“ (Berlin 1851) den besonderen Zorn der herrschenden Partei. Im Februar 1852 wurde er wegen Erdichtung und Entstellung von Thatsachen, Beleidigung und Verleumdung angeklagt und zu einer Geldstrafe verurtheilt. 1858, nach dem Rücktritte Manteuffel's, suchte ein Berliner Wahlbezirk A. durch Wahl zum Abgeordneten nochmals auf den politischen Schauplatz zu rufen, allein Kränklichkeit hielt ihn ab, sich unter den nach seinem Sinne und seiner Richtung veränderten Umständen noch ferner an den Staatsangelegenheiten zu betheiligen. A. war mit einer Tochter des ehemaligen holländischen Gesandten am kgl. württembergischen Hofe, des Barons Struck von Lindschoten, vermählt.

Autor

Dr. C. Wippermann.

Empfohlene Zitierweise

, „Arnim-Suckow, Alexander Freiherr von“, in: Allgemeine Deutsche Biographie (1875), S. [Onlinefassung]; URL: <http://www.deutsche-biographie.de/html>

02. Februar 2024

© Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
